



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: keine

Staatspolitische Kommission gegen Fremdspracheninitiative

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit SJS empfiehlt die Volksinitiative, welche den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule auf eine Sprache beschränken will, mit 6:3 Stimmen zur Ablehnung. Bei der Beschlussfassung hat sich die Kommission auf staatspolitische Überlegungen gestützt.

Die bildungspolitische und pädagogische Würdigung der Vorlage obliegt der Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft BKV. Aufgrund der ausserordentlichen staatspolitischen Tragweite der Initiative hat die Kommission SJS jedoch entschieden, eine eigenständige Abstimmungsempfehlung zu formulieren. Sie erachtet den gegenwärtigen Zeitpunkt als falsch, um mittels Volksentscheid einen Systemwechsel im Bereich des Fremdsprachenunterrichts herbeizuführen.

Keine Insellösung

Die Abkehr vom heutigen Modell 3/5 (Englisch ab der 3. Klasse und Französisch ab der 5. Klasse) führt zu einer Nidwaldner Insellösung. Eine solche ist der Attraktivität des Kantons abträglich und erschwert es hiesigen Schülerinnen und Schülern, nach Abschluss der Primarschule trotz der bestehenden Abkommen an ein ausserkantonales Gymnasium zu wechseln. Darüber hinaus ist ein Alleingang im Bereich der Fremdsprachenbildung nur schwer mit Art. 62 Abs. 4 der Bundesverfassung zu vereinbaren, welcher eine Harmonisierung des Schulwesens fordert. Auch widerspricht die Initiative dem kantonalen Volksschulgesetz, welches eine Koordination der Stundentafel mit den Kantonen der Zentralschweiz fordert. Vor diesem Hintergrund erachtet es die Kommission SJS als unerlässlich, die für den Herbst 2015 in Aussicht gestellten Ergebnisse der am 3. Juli 2014 von der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz in Auftrag gegebenen gemeinsamen Fremdsprachenevaluation abzuwarten, bevor eine neue Strategie zur Fremdsprachenbildung verabschiedet werden soll.

RÜCKFRAGEN

Landrat Leo Amstutz, Präsident Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit SJS, Telefon 041 620 66 66, erreichbar am 25. September zwischen 15 und 16 Uhr.

Stans, 25. September 2014